

Kantonales Komitee
«Nein zur Leerlauf-Initiative»

c/o AIHK
Entfelderstrasse 11
Postfach
5001 Aarau

komitee@leerlauf-nein.ch
www.leerlauf-nein.ch



18. Mai 2025

Medienmitteilung

Abstimmung am 18. Mai 2025

Leerlauf abgelehnt. Griffige Massnahmen stehen im Mittelpunkt

Das kantonale Komitee «Nein zur Leerlauf-Initiative» nimmt die heutige Ablehnung der Leerlauf-Initiative erfreut zur Kenntnis. Mit der Ablehnung ist der bürokratische, wirkungslose und teure Sonderweg zu Lasten der Aargauer KMU vom Tisch. Nun gilt es, die Resultate der Überprüfung der nationalen Lohnanalyse-Pflicht abzuwarten. Gleichzeitig kann man sich wieder zielführenden Massnahmen zu Gunsten der Gleichstellung zuwenden.

Die Aargauer Stimmbevölkerung hat sich am heutigen Sonntag gegen eine verschärfte Lohnanalysepflicht für die Aargauer KMU entschieden. Damit gilt auch im Aargau weiterhin die nationale, schweizweit einheitliche Regelung. Die heutige Ablehnung gründet unter anderem auf der intensiven Aufklärungsarbeit der vergangenen Monate. So ist es der breit abgestützten Allianz des Nein-Komitees gelungen, die falschen Versprechen der Initianten zu entlarven – sei es mit Leserbriefen, Positionsbezügen in den sozialen Medien oder mit Wildplakaten. Das parteiübergreifende Komitee unter Federführung der AIHK hat sämtliche Kanäle genutzt, um der Bevölkerung aufzuzeigen, dass die Initiative ein wirkungsloser, bürokratischer und teurer Leerlauf ist.

Auch wenn die kantonale Initiative abgelehnt wurde, bleibt das erklärte Ziel sowohl der Wirtschaft als auch sämtlicher Parteien, die Gleichstellung von Frau und Mann sicherzustellen. So überprüft der Bundesrat aktuell die Effizienz der national geltenden Lohnanalyse-Pflicht. Darüber hinaus ist die Politik in der Pflicht, überfällige Anpassungen bei den Vorsorgewerken anzugehen, damit Teilzeitangestellte besser versichert sind und ebenso die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, wozu auch das Beseitigen steuerlicher Fehlanreize gehören, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben verhindern. Zielführende Massnahmen sollen nun im Mittelpunkt stehen.